



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)

29 (18.1.1930) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-350118](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-350118)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-6. — Druckerei: Sammel-Nummer 24951
Postfach-Nummer 17590 Reichsdruck. — Telegramm-Adresse: RemaZeit Mannheim

Wagelpreise: Im Einzelheft RM. — 40 die 32 mm breite Colonette; im Monatsheft RM. 2.— die 70 mm breite Seite. — Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Sätze. — Rabat nach Tarif. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für besondere Verteilung keine Gebühr. — Reichsdruck Mannheim.

Beilagen: Montag: Sport der N. M. Z. / Dienstag wochentag: Aus der Welt der Technik Kraftfahrzeug und Verkehr Neues vom Film / Mittwoch wochentag: Die fruchtbare Scholle Steuer, Gesetz und Recht / Donnerstag wochentag: Mannheimer Frauenzeitung Für unsere Jugend / Freitag: Wintersport und Erholung / Samstag: Aus Zeit und Leben / Mannheimer Musikzeitung

Mittag-Ausgabe

Samstag, 18. Januar 1930

141. Jahrgang — Nr. 29

Die Haager Verständigung ist „so gut wie gesichert!“

So lautet eine Neußerung Schachts, der heute den Haag wieder verläßt

Schluß erst am Montag

Drahtung unseres eigenen Vertreters
— Haag, 18. Jan.

Die Vertiefung des Schlußprotokolls, das nach den neuesten Erklärungen deutscher Delegierter erst am Montag vorläufig zur Unterzeichnung gelangen kann, geht sehr langsam vorwärts. Augenblicklich haben die Juristen zweier Stunden noch tägliche Änderungen, subtile Formulierungen durchzuführen. Die Rechtschwerkründigen werden eine Ratifizierung abwarten, um das 300 Seiten umfassende Protokoll durchzuführen. Den Vertretern der kleinen Staaten ist der Text bisher überhaupt nicht bekannt, denn es wurde von den großen Sechß beschlossen, den Text in seiner Gesamtheit den Delegierten der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und Portugal zu übergeben. Innerhalb 48 Stunden werden die Vertreter der in zweiter Linie interessierten Staaten den Text zu prüfen haben und wenn es ihnen noch möglich ist, dazu Stellung nehmen.

Im Vorkonklave wurden nachmittags und abends die Besprechungen über die Mobilisierungfrage auf Grund der bereits gemeldeten Verhandlungen weiter geführt.

Dr. Schacht, der heute den Haag verläßt, teilte uns mit, daß die Verständigung so gut wie gesichert sei.

Der Reichsbankpräsident demontierte eine deutsche Notenreform, der zufolge er der Währungsreform des Reichsbankpräsidenten keine Zustimmung verleiht habe. Er machte darauf aufmerksam, daß ihm als Sachverständiger ein Einfluß gegen eine Regierungsmaßnahme nicht zukommt.

Die Besprechungen Jouts Kreuzers mit Tardieu und nachher mit Molendenaar betrafen die Frage, die Auslegung seiner Forderungsmassnahmen über die Bank für internationalen Zahlungsdienst zu sein. Auch die Reichsbank- und Reichsbankanleihe werden über die internationale Zahlungsdienst geleitet.

Am Abend kam es in der Vollversammlung, der auch die Vertreter der kleinen Staaten beiwohnten, zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen.

Die schier unlösbare Frage der Disparitäten nach zur Debatte. Nachdem sich der rumänische Vertreter Titulescu wieder einmal in heftigen Worten gegen Ungarn wandte und eine ungenügende Herabminderung zeigte, erklärte der englische Staatskanzler Snowden, daß unter diesen Umständen die Fortführung der Verhandlungen keinen Zweck hätte. Er machte den Vorschlag, den Vertretern der kleinen Staaten noch 48 Stunden zu geben, um eine Einigungsformel zu finden. Falls sie nicht zu einer Einigung mit Ungarn gelangen könnten, so bliebe nichts anderes übrig, als die ganze Angelegenheit zu verlegen. „Wir können hier in Haag nicht bis zum nächsten Tag zusammenkommen“, sagte Snowden am Schluß seiner ziemlich scharf ausgedrückten Warnungen an die Vertreter der kleinen Staaten.

Titulescu beklagte sich nachher bei Snowden über dessen Vorgehen und bezeichnete sich selbst als den Prügelknaben der Konferenz.

Verzicht auf 2 Millionen Franken

Drahtung unseres eigenen Vertreters
— den Haag, 18. Jan.

Die Verhandlungen zwischen der schweizerischen Delegation und dem Organisationskomitee der Reichsbank fanden gestern ihren Abschluß. Der Bank wird die Eigenart einer schweizerischen juristischen Persönlichkeit anerkannt. Die Beamten werden für die Bedienung von der Bank Steuerfreiheit erhalten. Die Bank unterliegt der schweizerischen und internationalen Gesetzgebung. Heute findet die Unterzeichnung der Dokumente statt. Durch ein weiteres Ultimatum

wurde die schweizerische Delegation erzwungen, auf die Forderung der Patentgebühren von

300 Millionen Dollar Reparationsanleihe

Drahtung unseres Pariser Vertreters
V Paris, 18. Januar.

Ueber die Bedingungen, unter denen der erste Teil der Mobilisierungsanleihe ausgeben werden soll, liegen hier aus dem Haag folgende Einzelheiten vor: Der Betrag der Anleihe, der ursprünglich 300 Millionen Dollar erreichen sollte, wird auf 300 Millionen Dollar, d. h. auf 1200 Millionen Mark erhöht. Sie soll noch vor dem 1. Oktober 1930 zur Ausgabe gelangen. Die Reichsregierung verpflichtet sich, vor diesem Datum keine andere langfristige Anleihe im Ausland aufzunehmen. Wenn bis zum 1. Oktober 1930 die Anleihe noch nicht zustande gekommen sein sollte, so wird diese Verpflichtung für einen weiteren Zeitraum gelten, der jedoch im ganzen von der Höhe der Schuldzinsen für die Reparationsanleihe gerechnet ein Jahr nicht überschreiten darf. Diese Zinssätze werden voraussichtlich bis zum 1. April 1930 übergeben werden. Auf alle Fälle wird Deutschland am 31. März 1931 wieder freie Hand erlangen. Auch die autonomen und halbautonomen Körperschaften des Reiches, die Reichsbank, Reichsbahn und Post und Telegraph werden während dieser Zeit darauf verzichten, langfristige ausländische Anleihen aufzunehmen. Von dieser Reparationsanleihe von 1200 Millionen Mark soll ein Drittel, also 400 Millionen Mark, Deutschland reserviert bleiben.

Das Reich wird die Möglichkeit haben, diesen Anteil zu den gleichen Bedingungen, wie sie für die übrigen Anleihen festgesetzt werden, für sich zu ziehen, ohne Kommissions- und Maklergebühren zahlen zu müssen. Auf diese Weise werde Deutschland selbst die günstigen Bedingungen, unter denen die Schuldverschreibungen des Youngplans aufgelegt werden, zu gute kommen. Man rechnet damit, daß der Zinssatz der Mobilisierungsanleihe 1-1 1/2% niedriger

sein wird als derjenige ausländischer Anleihen, die Deutschland aufnehmen könnte.

Was die Anleihe Deutschlands bei der schwedischen Firma Kreuger betrifft, so wird sie sich auf 500 Millionen Mark belaufen und tatsächlich erst im Jahre 1933 zur Ausgabe gelangen. Gegen diese Anleihe werden die Gläubigermächte keinen Einspruch erheben, vorausgesetzt, daß sie die ungefähren Reparationszahlungen in gleicher Weise demagogisieren.

Der „Matin“ bemerkt zu diesen Anleihen, es sei zu hoffen, daß sie eine erfrischende Periode eröffnen, wobei durch die Vermittlung der Internationalen Zahlungsbank die Kreditoperationen sich unter immer günstigeren Bedingungen abwickeln und jeder dabei einen gerechten Gewinn daraus ziehen könne. Darin liege

die politische Bedeutung dieser Verständigung, die von vornherein die Fähigkeit der Internationalen Zahlungsbank erschleie und einen großen Schritt für die Befreiung Europas bedeute.

„Le Figaro“ bemerkt: „Ein Kanal ist geöffnet worden, in dem sich Reparationsanleihen vermiteln mit deutschen Anleihen ergiebig machen können. Die beiden Ströme werden sich gegenseitig verhärtet, vorausgesetzt, daß Deutschland mit gutem Willen der Mobilisierung der Gesamtheit seiner ungefähren Annuitäten zustimmt. Die Zukunft wird uns lehren, ob Deutschland diesen Kanal benutzen wird. Natürlich, wenn es die Hoffnung hat, sich seinen Verpflichtungen der ungefähren Annuitäten entziehen zu können, wird Deutschland sich bemühen, diesen System zu verfallen. Für den Augenblick erklären die deutschen Minister, daß sie keineswegs die Absicht haben, die Wirklichkeit Deutschlands durch ausländische Anleihen zu belasten, sondern in den nächsten Jahren durch das Mittel erhöhter Steuern die nötigen Amortisationen vorzunehmen werden.“

Warnung vor Illusionen

Drahtung unfr. Londoner Vertreters
London, 18. Jan.

Die englische Öffentlichkeit begrüßt lebhaft die Einigung in Haag. Allerdings ist das Interesse für die Youngplan-Konferenz von Tag zu Tag geringer geworden, da sich die Flottenkonferenz immer mehr überwiegend geltend macht. Während aber die Tatsache, daß der Youngplan nunmehr unter Dach und Fach ist, Befriedigung hervorruft, werden die Aussichten der Mobilisierung der deutschen Bonds überaus skeptisch beurteilt. Die „Financial Times“, das führende Organ der City, warnt vor der Illusion, daß eine baldige Mobilisierung eines beträchtlichen Teiles der ungefähren Annuitäten möglich sei. Die Auf-

nahmefähigkeit Amerikas,“ so schreibt das „Financial“, ist gegenwärtig viel kleiner als man allgemein annimmt. Die Bemühungen der amerikanischen Banken, das Defizit zur Anlage seines Kapitals in selbstvermöglichen Bonds zu ersetzen, sind bisher völlig vergeblich gewesen. Ein großer Teil der in Amerika seit dem Kriege emittierten ausländischen Bonds hat seinen Weg zu den Banken zurückgefunden, die gegenwärtig mit solchen Papieren überlastet sind. Deshalb ist der Betrag, der in den nächsten Jahren auf dem amerikanischen Markt untergebracht werden kann, nur als ein sehr bescheidener anzusehen. Deutschlands Zahlungsfähigkeit wird weiterhin der wichtigste problematische Punkt in der Reparationsfrage bleiben.“

zwei Millionen Schweizer Franken zu verzichten

Der amerikanische Bankier Reynolds stellte, nachdem er fruchtlos mit den Delegierten der Schweiz verhandelt hatte, die Uhr auf den Tisch und sagte: „Um drei Uhr ist wieder Sitzung. Dann erwarten wir Ihre Antwort. Wenn Sie nein sagen, dann hat es keinen Sinn mehr, weiter zu verhandeln.“

Um drei Uhr erschien der Direktor des Swiss Finanzamtes und teilte Reynolds mit, daß die Stadt Basel auf die Forderung der Patentgebühren Verzicht leiste.

Schober reist direkt nach Wien

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 18. Januar.

Der österreichische Bundeskanzler Schober hat, wie man sich erinnern wird, die Absicht, seinen Heimweg über Berlin zu nehmen und bei der Gelegenheit einen kurzen Kurzaufenthalt in der deutschen Reichshauptstadt zu machen. Da die Verhand-

lungen in Haag länger gedauert haben, als man ursprünglich annahm, wird er diese Absicht wahrscheinlich nicht verwirklichen können. Am Montag begann in Wien bereits der internationale kriminalpolitische Kongress, dem, wie wir hören, der Bundeskanzler selber zu präsidieren gedenkt. Von reichsdeutscher Seite nehmen an dem Kongress Reichsgerichtsdirektor Menzel vom Reichsministerium des Innern und der staatsrechtliche Leiter zur Disposition gestellte Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Kreuzer, teil. Herr Schober wird seinen Berliner Besuch demnach, d. h. nachdem der Youngplan Reichsrat und Reichstag passiert hat, nachholen. Inzwischen haben in mehreren Ausdrücken, die der Bundeskanzler in Haag mit unserer Delegation, insbesondere auch mit dem Reichsaussenminister Curtius hatte, schon eine wohlwollende Stimmung in der Beurteilung der das gesamte Kontinuum und die beiden deutschen Staaten berührenden Fragen ergeben. Die Fühlungnahme, über deren Rang man in der letzten Zeit bisweilen zu fragen pflegte, scheint erfruchtendweise in vollem Umfang hergestellt zu sein.

Wovon man spricht

Die Flottenkonferenz im Brennpunkt der Weltpolitik

Einstweilen handelt es sich um die Abrüstung des Meer, die Abrüstungsbeschränkung zur See und die unmittelbare bevorstehende Londoner Flottenkonferenz. Um ihren Verlauf richtig verfolgen zu können, empfiehlt es sich, kurz auf ihre Vorgeschichte zurückzukommen. Trotz der unzähligen Konferenzen, die wir im Verlauf der letzten zehn Jahre über und ergehen lassen mußten, wird man sich vielleicht doch noch erinnern, daß (noch einmal in Washington) und in Genf internationale Konferenzen der großen Seemächte tagten, die sich mit der Abrüstung zur See beschäftigten. Die erste Konferenz war in Washington im November 1921 und die zweite im Juni 1922 in Genf. Das Ergebnis der Washingtoner Konferenz bestand in einem teilweisen Abrüstungsabkommen, das bisher das einzige seiner Art geblieben ist. Die Genfer Abrüstungskonferenz der Seemächte machte nach anderhalb Monaten ergebnislos abgebrochen werden, hauptsächlich deshalb, weil sich England und Amerika in der Kreuzerfrage nicht einigen konnten. Die dadurch im Stocken gekommenen Verhandlungen kamen auf neue in Genf, als im Sommer vorigen Jahres Ramon Macdonald an die Spitze der englischen Regierung gelangte. Wir wissen alle, wie lebhaft er sich mit dem Abrüstungsabkommen beschäftigte und daß er im vorigen Sommer schließlich persönlich nach Amerika reiste, um mit Präsident Hoover zu einer Vorverständigung über eine neue Flottenkonferenz zu kommen. Anfang Oktober des vergangenen Jahres war es soweit, daß die Einladungen an die drei anderen großen Seemächte versandt werden konnten, und zwar an Frankreich, Italien und Japan. Ein gewisser Erfolg ist es schon, daß diesmal auch Frankreich und Italien die Einladungen unbedingtes ausnahmen, was sie im Jahre 1927, als sie vom Präsidenten Coolidge zur Seerüstungskonferenz nach Genf eingeladen wurden, nicht ohne weiteres getan haben. Damals hatten sie sich hinter der Rede verhalten, daß die Frage der Abrüstung zur See zwischen dem Völkerverbund ausgefallen und dieser für ihre Verhandlung zuständig sei. Tatsächlich hatte der Völkerverbund im Herbst 1926 die Einberufung einer vorbereitenden Abrüstungskonferenz beschlossen, nachdem das sogenannte Genfer Protokoll vom Jahre vorher nicht zur Durchführung gekommen war. Jetzt damals in Aussicht genommene vorbereitende Abrüstungskonferenz sollte eine allgemeine Entwaffnungskonferenz des Völkerverbundes vorbereiten, also auch hinsichtlich einer Abrüstung der Land- und Luftstreitkräfte. Die ganze Erwartung, daß der Weltfriede, aber das Reich (schon) ist, bekräftigte sich jedoch auch bei diesem und besonders am Herzen liegenden Kapitel der Abrüstung. Denn die vorbereitende Abrüstungskonferenz des Völkerverbundes ist zwar in den letzten vier Jahren nicht weniger als sechs Mal zusammengetreten, zuletzt erst im April vorigen Jahres, zu einem irgendwie greifbaren positiven Ergebnis ist man dabei leider nicht gekommen.

Doch vorwärts immer, rückwärts nicht! In der Welt ist die Parole kein, die uns in dem schweren und an Enttäuschungen so überreichen Kampf um den Frieden mit neuer Kraft und Zuversicht stärkt. Das die Interessengegenstände der beteiligten Nationen auch auf dieser Konferenz hart aufeinander spielen werden, wissen wir schon vorher. Die Vorarbeiten, die seit Wochen in der Presse der großen Seemächte im Gange sind, haben aber Welt schon lange gezeigt, wie groß und immer die Angst ist, die diese angeblich untereinander befreundeten Nationen trennt. „Gott schütze mich vor meinen Feinden!“, schreit der heimliche Strohseiler zu sein, mit dem die einzelnen Delegationsführer sich zu dieser Abrüstungskonferenz begeben. Sowie Nationen dabei vertreten sind, soviel im Geheimen an einander stehende Standpunkte gibt es auch. Den Ton angeben werden natürlich die

* Fortsetzung des Vorklappes auf der nächsten Seite.

Die Hezke gegen Schacht

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 17. Jan.

Nach den Verhandlungen in Haag nicht beendet und schon beginnt der zweite Teil des Kampfes um den Vorschlag seine Schichten voranzujagen: der parlamentarische. Die Sozialdemokratie eröffnet ihm mit dem Vorschlag, das der „Vorwärts“ papageienhaft als die Tage in die Welt hinausgeschleudert hat: Fort mit Schacht! Es ist, als habe man zur Zeit im sozialdemokratischen Lager keine andere Sorge als die, an dem verhassten Mann Rache zu üben, der immerhin den Mut besaß, wider den Stachel finanzieller Wirtschaft in Reich und Kommunen zu lösen. Der östliche Weltkrieg, den der sozialdemokratische Parteivorstand im Beisein des Kanzlers und des Reichspräsidenten im Reich, heißt die Dinge ein wenig auf den Kopf und lüch die Schuld der Sozialdemokratie an den jetzigen desolaten Zuständen zu verklären und zu verschleiern.

Was man nicht ein Stückchen an, wenn man im „Vorwärts“ über die nunmehr offiziell erklärte Differenz gegen den Reichsbankpräsidenten mit Vollständigkeit unterrichtet die Worte liest: „Dr. Schacht muß weis! Das ist mehr als ein Parteierkenntnis der Sozialdemokraten, das ist ein Parteierkenntnis der deutschen Republik.“

Die Partei, die von der Sozialdemokratie hier und im Parteivorstand angeschlagen wurde, ist die „Wirtschaftszeitung“ hat recht, von „amerikanischer Herrschaft“ und „Kriegsgefahr“.

Das Zentrum hat sich denn auch deutlich abgemeldet. Die „Germania“ schreibt: „Ich will und erwidere: Es ist etwas anderes, Herr Schacht aus politischen Gründen zur Ordnung zu rufen und die soziale Stellung des Reichsbankpräsidenten als Grundabfrage zu diskutieren. Wir würden es nicht nur für einen Fehler, sondern auch als mährchenpolitischen Schandensatz betrachten, das Amt des Reichsbankpräsidenten zu politisieren.“

Gerade darauf kommt es den Sozialdemokraten an. Man darf annehmen, daß schon die bürgerlichen Minister im Reichstag sich solchen Vorwürfen widersetzen werden, wenn der Reichsbankpräsident Reichsbank in Haag in den Augen der Unverschiedenen der Reichsbank abhängig zu machen gedachte.

Erweiterung des Reichsbankgesetzes

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 18. Jan.

Die Vorschläge werden sich im Haag jetzt mit dem Vorschlag der Reichsregierung, der auf die Erweiterung der international gebundenen Verastropfen des Reichsbankgesetzes abzielt, einverstanden erklärt. In der Praxis würde sich das neue Verfahren zu adäquater Beachtung des Reichsbankgesetzes im Rahmen der Haager Verträge genehmigt werden. Wenn dann die Reichsregierung den Reichstag mit den Vorschlägen vorlegen, so muß sie sich mit dem Vorschlag der internationalen Gebundenheit im Einklang setzen und die entsprechenden Änderungen abwarten dem Reichstag zur Abstimmung unterbreiten. Erklärt sich der Reichstag mit der Erweiterung einverstanden und erfolgt sein Eintrag in den internationalen Gebundenheit, so ist es gemacht. Erfolg oder ein Eintrag, so geht die Angelegenheit an das Schiedsgericht.

Theoretisch hat also die Regierung jetzt die Möglichkeit, mit dem Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes Dr. Schacht wieder unangenehmere Positionen einzunehmen. Da sie freilich diesen Weg beschreiten und damit den Forderungen der Sozialdemokratie entsprechen wird, ist sie nicht schon an demselben, so bezweifelt. Als letzte Instanz kommt schließlich noch der Reichspräsident in Frage, dem das Vorschlagsrecht zusteht.

Amerikaner und Engländer. Doch während Amerika und Japan durch die Lage nicht, sich über die Forderungen Frankreichs hinwegzusetzen, kann England dies nicht tun. Es muß auf den französischen Nachbarn wohl oder übel ebenso Rücksicht nehmen wie Frankreich auf seine lateinische Schwester. Andererseits gibt es auch zwischen Amerika, Japan und England nach wie vor die größten Interessenskonflikte. Vor allem in der Kreuzerfrage. Japan fordert 20 große Kreuzer, das sind 70 Tausend entsprechende amerikanische Kreuzer. Die Amerikaner können sich natürlich nicht erweichen, diese Forderungen zu bewilligen. Da sie es jedoch darauf ankommen lassen wollen, an dieser japanischen Forderung, die in der Praxis die Menge von zwei bis drei großen Kreuzern für Japan bedeuten würde, die ganze Konferenz scheitern zu lassen, kann man auch nicht annehmen. Ein und Denselbe besonders interessierendes Kapitel der Londoner Flottenkonferenz wird die Frage der U-Boote sein. England und Amerika sind für ihre Abschaffung, Frankreich ist jedoch ebenso wie Japan mit aller Entschiedenheit für die Beibehaltung der U-Boote.

Die Stellung Italiens in dieser Hinsicht erweist sich als sehr schwierig. Unter gewissen Voraussetzungen wird wohl Italien für eine Abschaffung der U-Boote zu haben sein, denn für Italien ist die Hauptrolle die Partei zu spielen der italienischen und französischen Flotte. Da diese Forderungen ihm zugehen, kommt ganz auf die Stellung Englands und Amerikas an. Denn die Franzosen werden sich schließlich doch für die U-Boote zu entscheiden und es auf eine Vorklärung ankommen zu lassen, weil es sich dabei ganz gewiß um keine specialis isolation handeln würde.

Was immer aber auch bei dieser Flottenkonferenz an positiven Ergebnissen herauskommen wird, so ist doch auf alle Fälle die Feststellung ein unverleugertes Faktum, daß für die Weltpolitik der Nationen der Hochstande lang belohnte Politik von dem: si vis pacem para bellum (Wenn Du den Frieden willst, bereite Dich vor auf den Krieg), nicht mehr so unbedingt auslagelagend ist. Immer mehr bricht sich, so hoffen wir, auch bei den verantwortlichen Führern der Völker die Erkenntnis Bahn, daß dieser Standpunkt der alten Römer in unserer Zeit der weltwirtschaftlichen Verflechtung nicht mehr der Weisheit letzter Schluss sein kann. Wer wirklich den Frieden will, darf nicht fortwährend zum Kriege rufen, sondern muß handig bemüht sein, dem Frieden die Wege zu ebnen.

H. A. M.

Sinter den Koalitionsklaffen

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 18. Jan.

In der Koalition gehen neben den großen Differenzen die kleinen einher. Ein solcher kleiner Streit wird gegenwärtig zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ausgefochten. Der Reichsbankminister Müller hat in einer Wandfrage des „Berliner Tageblatt“ über die Wiederholung oder Wählung des Reichspräsidenten in sehr prägnanter Form gegen die Wiederwahlbestimmung Stellung genommen. Im Zentrum ist man auf die Wiederwahl empfindlich darüber, daß ein Minister sich zu einer Aussage, die sein Amt nicht angeht, öffentlich äußert, obwohl es vorher ausdrücklich gegeben hätte, daß Reichspräsident nur durch die Reichsversammlung ernannt werden kann. Der Vorsitzende des Zentrums hat beim Kanzler sogar eine Demarche unternommen, der sich auch der Reichsjustizminister von Guérard angeschlossen haben soll. Auf der anderen Seite, das Parteimitglied der Koalition sei überhaupt in Frage gestellt, wenn ein Minister in die Öffentlichkeit tritt, erwidert der „Vorwärts“ paß: Die Stellung der Sozialdemokraten zum Reichspräsidenten darf nicht langem bekannt und seine Meinung äußersprechen, ist im übrigen ja seinem Minister verboten.

Weiterungen wird dieser Zwischenfall ja nicht nach sich ziehen. Der Reichspräsident hat den Vorschlag des Zentrums zur Kenntnis genommen und wird ihn demnächst inoffiziell an den Reichstag legen. Dem Zentrum war vor allem wohl daran gelegen, nach außen hin zu demonstrieren, daß es nach wie vor auf das Schicksal jeder Reichsregierung dieses vielumstrittenen Paragraphen sich widersetzen würde.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Berg, der uns als Finanzminister erpariert wurde, hat wie wir einem Bericht des „Vorwärts“ entnehmen, auf einer Funktionärsversammlung in Köln sich über die gegenwärtige innenpolitische Situation geäußert. Er polemisierte, wie sich von selbst versteht, zunächst gegen Schacht. Dieser sei nicht nur ein erheblicher Mann, seit Württemberg würde vielmehr die deutsche Außenpolitik ungewisslich erschlaffen. Dann ging Herr Berg auf die Stellung der Sozialdemokratie innerhalb und zu der Regierungskoalition ein. Er verhielt sich hoch und heilig, es sei nicht wahr, wenn Zentrumskritiker erklärten, die Sozialdemokratie suche nach einem plausiblen Grund zum Austritt aus der Regierung. Im Gegenteil, man könne sich eher dem Zentrum nähern, als es nur auf die Abkehr in der Reichsregierung, um den Bruch mit der Sozialdemokratie herbeizuführen, um eine durchgehende Reichs- und Finanzverwaltung mit der Reichsregierung zu machen. Aber auch die Deutsche Volkspartei bekommt langsam ihr Recht ab. Das ist, trotz Herr Berg, nicht bereits innerhalb der bestehenden Koalition dauernd Frieden hervorgerufen?

Es ist die alte Methode: Der Spieß wird umgedreht, damit man für alle Fälle die Möglichkeit hat, bei einem Wendeabfall der Regierung den anderen die Schuld zuzuschreiben.

Städtetag und Reichsfinanzen

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 18. Jan.

Der Vorstand des Deutschen Städtetags hielt gestern eine Sitzung ab, die sehr zahlreich besetzt war. Die Besprechungen trugen informativem Charakter. Das Hauptthema bildete, wie wir hören, die Frage der Reichsfinanzreform und des Finanzanleihegesetzes. Es herrschte Uebereinstimmung, daß die Finanzreform mit größter Beschleunigung durchzuführen werden müsse. Als besonders dringlich wurde die Neuorganisation der Zollverwaltung zwischen dem Reich auf der einen und den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite bezeichnet. Die Reformen in der Reichsfinanzverwaltung, insbesondere das Ausschneiden der bestimmter Kategorien von Verschönerungen aus der Vorlage der Reichsbank hat die Wohlhabenden der größeren Kommunen, die diesen Teil der Unterhaltungsbedürfnisse ganzjährig übernehmen wollten, in gefährlicher Weise anzuschwellen lassen. Eine ganze Reihe von Städten sieht sich an der Hand, ihren Verschönerungsbedürfnissen zu decken. Eine Fortdauer dieses Zustandes muß nach Ansicht des Vorstandes des Städtetags zu geradezu katastrophalen Folgen führen.

In der gestrigen Sitzung wurde mit Rücksicht auf die Unklarheit der ganzen Lage von bestimmten Beschlüssen abgesehen. Man ist genötigt, abzuwarten, ob sich die Koalition der Reichsfinanzreform durch das Parlament vollziehen wird, ohne den Bestand der Regierung zu gefährden. Auch wenn man vorerst noch nicht, inwieweit das Reichsbankgesetz an der ursprünglichen Konzeption der Reichsfinanzreform festhält. Die Beratungen im Vorstand des Städtetags über all diese Dinge sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

* Neuer Berliner Stadtkommandant. Durch einen Erlass des Reichswehrministers ist Generalmajor Schreider mit dem 1. Februar zum Kommandanten von Berlin ernannt worden. Der bisherige Kommandant von Berlin, General Schlicht, ist zum 1. Februar 1900 den Abschied genommen.

Aufmarsch zur Flottenkonferenz

Wie die Amerikaner sich in die Arbeit stürzen

Drahtung aus Londoner Vertreters

London, 18. Januar.

Der Aufmarsch der Delegation zur Seebühnenkonferenz hat begonnen. Die Amerikaner trafen gestern in London ein und wurden vom Außenminister Deane sofort empfangen. Der Staatssekretär Stimson ist sofort eine Session unter den wichtigsten Journalisten hervor, indem er direkt vom Bahnhof zum Antagonisten MacDonald fuhr, wo hat der erwarteten Schlüsselbesuch eine über drei Stunden währende Konferenz stattfand.

Inzwischen hatte die Presse Gelegenheit, die zahlreich erschienenen amerikanischen Delegationsmitglieder zu bemerken, deren Schönheit heute die wichtigste „flottenmäßige“ Mitteilung der Morgenblätter bildet.

Die italienische Delegation ist ebenfalls bereits gestern eingetroffen. Man sagt, Herr Grandi hätte sich besonders beliebt, weil er in Genf einen Brief des Staatssekretärs Stimson erhalten hätte, wonach eine amerikanisch-italienische Verständigung ermahnt erscheint.

Der diplomatische Korrespondent nimmt in diesem Zusammenhang an, daß die amerikanischen Symphonien während der Konferenz hart auf italienischer Seite liegen würden. Dies würde sich bemerkbar machen, wenn die letzten französisch-italienischen

Meinungsverschiedenheiten über die Flottenparität im Mittelmeer zu einer Steigerung der Konferenz führen könnten. Es würde im übrigen festgehalten werden, daß in Frankreich eine übertriebene Hoffnung darauf bestehe, daß man der Konferenz die weitestgehenden Forderungen vorlegen könne, weil weder MacDonald noch Präsident Hoover angeht ihrer innenpolitischen Position ein Scheitern der Flottenkonferenz riskieren könnten. Diese Ansicht sei vollkommen falsch. Präsident Hoover habe noch über drei Jahre Amtszeit vor sich. Selbst wenn die gegenwärtige Konferenz, an die er einen großen Teil seines Prestiges geknüpft hat, ergebnislos verlaufen sollte, so habe er noch reichlich Zeit, sich innenpolitisch durch andere politische und wirtschaftliche Leistungen zu kompensieren. Auch auf MacDonalds Bereitschaft zu Rücksicht in jedem Punkt sollte man sich, wie der „Daily Telegraph“ weiter ausführt, nicht allzu leicht verlassen. Während einerseits die Regierung MacDonalds entschlossen ist, so weit zu gehen, um wenigstens den Grundstein für die Flottenabklärung zu legen, ist für sie die bedeutend größere Gefahr, die, daß man ihr eine mangelhafte Wahrnehmung der nationalen Sicherheit vorwerfen könnte. Aufgefallen kann mit der Entschlossenheit der Verantwortlichen der Konferenz, unter allen Umständen einen Erfolg zu erzielen, nur die zu einem gewissen Grade gerechnet werden.

Der Nordanschlag auf den Studenten Weisel

Telegraphische Meldung

Berlin, 17. Jan.

Wie der Polizeipräsident bekannt ist, ist der jetzt festgesetzte, daß es sich bei dem Anschlag auf den am 14. Januar in seiner Wohnung niedergelassenen und schwerverletzten Studenten Weisel um einen planmäßig vorbereiteten Mordversuch durch Kommunisten handelt. Als Haupttäter ist gewissermaßen der arbeitslose Arbeiter Alfred Köhler, geboren 1888 zu Mainz, festgehalten worden, der in Dirmen und Zuffenhausen unter dem Namen Will bekannt ist. Er ist seit dem 18. Januar nicht mehr in seine Wohnung zurückgekehrt. In der Wohnung des Köhler, der übrigens mehrfach wegen schwerer Eigentumsdelikte, Inzest und Mord mit Justizhaft zu verurteilt ist, wurden die für den kommunistischen Sturmabteilung Witte, Schreyer sowie Krumböden und eine vollständige Uniform der vertriebenen Reichswehr in großer Menge vorgefunden und beschlagnahmt. Für Köhlers Ermittlung und Verurteilung ist eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt.

Autobanditen in Berlin

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 18. Jan.

In Berlin häufen sich die Autodiebstähle in den angrenzenden Gassen. Nacht für Nacht werden jetzt Autos gestohlen und noch mehr Privatautos durch Autobanditen geholt. Es handelt sich dabei um die Berliner Autodiebstahlbande, die sich mit dem Vertrieben der gestohlenen Autos befaßt. Die Berliner Kriminalpolizei hat die letzten Tage keine Erfolge bei der Verfolgung dieser Banden erlangen können. Es soll nun, dem „B. Z.“ zufolge, der Deutsche Automobilklub den Autobanden, die die Berliner Straßen unruhig machen und den Verkehr aufhalten, ein Handverletzen. Er hat gewisse Kriminalisten in seinen Dienst gestellt, die unvorsichtig die Straßen beobachtet und ein besonderes Augenmerk auf unbewachte Fahrzeuge richten sollen, um auf diese Weise endlich die Plage der Autodiebstähle zu beseitigen.

Verbrecher als Gastgeber

Telegraphische Meldung

in Remscheid, 17. Jan. (United Press.)

Verhaftet und gegen eine Kaution von 10000 Taler wieder freigelassen wurde gestern Abend der unter dem Spitznamen „Katholikentag“ bekannte Italiener Terranova. Terranova, der beschuldigt wird, einen sensationellen Raubüberfall am 9. Dezember in der Nähe von Köln begangen zu haben, wurde einem einwohnenden Verbot unterzogen. Er wird am Montag wieder verurteilt werden. Gleich nach seiner Freilassung hat er mit seinem Rechtsanwalt in seinem eleganten Anzug in die Stadt Terranova vor kurzem bekanntwerden des Standes bis jetzt unauflösbar.

Der Raubüberfall war, wie erwähnt, auf eine Katholikentag unternommen worden, die sich am 9. Dezember in einem Hotel in Köln abspielte. Ein Raub von sieben Verbrechern war plötzlich mit vorgeschickten Revolvern in den Saal eingedrungen und hatte die Gäste erzwungen, ihr Geld und ihren Schmuck abzuliefern.

Der ganze Überfall war indessen nur gelacht. Er war mit Kenntnis Vitalis erfolgt und von Terranova arrangiert. Terranova, eine ihm für alle Schandtaten köpfe Verkauft, hatte zu diesem Zweck ein einmündiges, ihm verführtes Verbrecher unter dem Vorwand geladen, ihm dort für seine „Dienste“ — es handelte sich um die Erwerbungen zweier Bandenführer — den Rest der finanziell sehr geliebten Summe zu zahlen. In Wirklichkeit wollte Terranova seinem Schicksal den mit ihm abgeschlossenen Wortvertrag abbrechen lassen, da ihm der Mordbrenn nicht abzugeben zu werden drohte. Das Norddokument führte indessen niemals in die Hände Terranovas zurück.

Senfer Delegation auf der Rückreise

— Genf, 18. Jan. Staatssekretär von Schaller hat mit den Mitgliedern der deutschen Reichsdelegation Freitag Abend Genf verlassen und trifft heute Nachmittag in Berlin ein.

Badische Politik aus dem Landtag

Im Zusammenhang mit der Einlegung im badischen landtagspolitischen Genossenschaftsverein ist dem Landtag ein Gesetzentwurf zugegangen, nach dem der Staat die Wirtschaft für etwaige Mängel übernimmt.

Nächsten Dienstag nachmittag tritt der Hauptausschuß zu einer Sitzung zusammen, um über die Regierungsvorlagen und die bisher eingetragenen Teile des Staatsbudgets zu beraten.

Protest gegen die geplante Biersteuerhöhung

In der Gasse der Stadtparkrestaurant in Karlsruhe fand eine von der Verleihung zur Abwehr der geplanten Reichsbiersteuerhöhung einberufene Protestversammlung statt. Sie fand unter der Leitung des Vorsitzenden des Badischen Gewerkschaftsverbandes, Rudolf Karlsruher, und erstreckte sich auf ein außerordentlich hartes Geschick, hauptsächlich auf den Kreis des Gewerkschaftsverbandes. Das Meisterte hatte einen von dem badischen Provinzialverband aus Köln übernommen, der dem badischen Gewerkschaftsverband angehört. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die an die Reichs- und Länderregierungen wie auch an die badischen Abgeordneten des Reichs- und Landesparlamentes gerichtet werden soll. Sie fordert von Reichstag und Landesparlament, daß die gesamte Biersteuererhöhung unterbleibe und weit darauf hin, daß das Bier für die badische Bevölkerung nicht ein entbehrliches Genussmittel, sondern ein Lebensmittel (speziell für die arbeitende Bevölkerung) bildet. Die geplante Biersteuererhöhung der Reichsbiersteuer würde einen gewaltigen Konsumrückgang nach sich ziehen, eine Verbilligung der Rohmaterialien und eine weitere Verschärfung der indirekten Steuern bedeuten, abgesehen von der schweren Schädigung der Landwirtschaft durch den Rückgang des Bedarfs an Getreide und Hopfen und der Gefahr einer bedeutenden Vermehrung des Heeres der Arbeitslosen durch Arbeitsentlassungen in den Brauereien. Auch die badischen Brauereien wären nicht in der Lage, die Steuererhöhungen zu tragen. Dem Schicksal wird Vermeidung dagegen eingeleitet, daß abgesehen in Südbadensland bei allen Steuererhöhungen der Biersteueranteil getragen werden soll. Aus allen diesen Gründen müßte der Gesetzgeber zu einer Vorklärung der Biersteuererhöhung kommen.

Letzte Meldungen

Ein Nationalsozialist erschoten

— Berlin, 18. Jan. Die „Deutsche Zeitung“ meldet aus Dessau: Der 21 Jahre alte Arbeiter Walter Kaufmann aus Dessau wurde von dem Kommunisten Kurt Wünder auf der Kreisstraße zwischen Dessau und Oranienbaum mit einem Dolch erschoten. Der Täter ist entkommen. Die sofort angeforderten polizeilichen Ermittlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Verkauf sein neuer Erganzung Abbie

— Bremen, 18. Jan. Hauptmann Abbie ist gestern nachmittag von einer fünfjährigen Amerikareise zurückgekehrt. Einigen anderen leitenden Pressefunktionen beabsichtigt er vorläufig seinen neuen Dienst. Im übrigen äußerte sich Abbie anerkennend über die kriegstechnischen Fortschritte der Amerikaner, neben denen sich die deutschen allerdings wohl sehen lassen könnten.

Industrieaufnahme des neuen russischen Senfers

— Rom, 17. Jan. Verkehrsminister Giannini hat in Begleitung wichtiger Persönlichkeiten heute nachmittag die neue, außerordentlich harte Handelskonvention von San Stefano bei Rom offiziell eröffnet. Die neue russische Handelskonvention wird auf der Welt 441 arbeiten.

Die Rätebewegung in Amerika

— New York, 18. Jan. Eine hundert Personen sind in den letzten zehn Tagen der in den Schwachstunden Amerikas herrschenden Rätebewegung zum Opfer gefallen. Die niedrigste Temperatur von minus 27 Grad Celsius wurde in Raiter im Staate Montana festgestellt. Das Mississippi-Tal ist infolge der starken Schneelage von Uebereinstimmung bedroht. Im Staate Indiana ist der Schneesturm bereits über seine Wut getreten, jedoch zahlreiche Einwohner gesungenen waren, ihre Häuser zu verlassen.

Die Handelshochschule feiert den Reichsgründungstag

Senat und Studentenschaft der Handelshochschule begingen gestern nachmittags in feierlicher Weise die Reichsgründungsfeier, der u. a. die Bürgermeister Dr. Walli und Büchner und Handelskammerpräsident Genel bewohnten. Unter den Klängen des Marsches „Alle Kameraden“ zogen die Chöre mit den Fahnen ein, um an beiden Seiten der Aula Aufstellung zu nehmen. Ein Quartett der Kapelle Wöhr spielte die Ouvertüre zu „Peter Schmall“ von Weber. Dann ergriff

Hoch Professor Dr. Selz

zu folgender Begrüßungsansprache das Wort: Verehrte Gäste, liebe Kollegen und Kommissionen!

Wenn die deutschen Hochschulen den Tag der Reichsgründung als gemeinsamen akademischen Gedanktag feiern, so beachten Sie ihn nicht nur deshalb, weil er einmal in diesem Tage die alte Sehnsucht des deutschen Volkes und insbesondere seiner Studenten und Professoren ihre Erfüllung fand. Sie feiern vielmehr in dem Tag der endlich gesunden Einheit und Einigkeit zugleich das Wahrgewordene, daß über dem wieder aufkeimenden Hoffnungen der jüngsten deutschen Vergangenheit leuchtet und den Weg in die deutsche Zukunft weist.

Das das Reich im verflochtenen trübsen Jahrzehnt der deutschen Geschichte erhalten und, wie wir jetzt hoffen dürfen, für kommende Geschlechter gesichert wurde, das begannen wir trotz aller Demütigungen unseres Volkes nicht minder als ein

Kühnheitsblatt deutscher Geschichte

zu begreifen mit seine Entstehung nach jahrhundertlanger Verpflüchtung. Der den Schwerpunkt des heutigen politischen Deutschlands einzig und allein in Programmen und Schlagworten der verpflüchteten deutschen Parteien sucht, der nach die Erschaffung des Reiches bei der Schwere der gleichzeitigen äußeren und inneren Bedrohung geradezu für ein Wunder halten. Aber die Politik von deutschen Parteien darf nicht verwechselt werden mit der Politik des Deutschen Reiches. Die Politik des Deutschen Reiches war vor allem die Politik jener Männer, die den Mut fanden, an verantwortlicher Stelle oft gegen die ursprünglichen Wünsche und vor allem gegen die Doktrinen und Ideologien ihrer Parteien und gegen ein Meer von Schmälgungen und Verleumdungen und gegen die eigenen Väter, unbekümmert um Populartüm, die Weisheit des deutschen Volkes zu stellen.

Solche Männer hat es sowohl auf der Seite derer gegeben, die im Herzen noch dem alten Deutschland anhängen, wie bei denen, die zum neuen fanden. Tropfen läßt die deutsche Reichspolitik, die aus der Zusammenarbeit von Persönlichkeiten so verschiedenartigen Genügens hervorging, wenigstens in ihrem Grundgedanken eine immer klarer werdende einheitliche Linie erkennen. Das war nur dadurch möglich, daß alle diese Männer sich in dem einen Gedanken zusammenfanden, daß es die erste Aufgabe der Nachkriegsgeneration sei, die politische und damit auch die wirtschaftliche und kulturelle Einheit des Reiches zu bewahren und sowohl gegen Vorkriegsursachen als auch gegen die Vererbung durch den Bürgerkrieg im Innern zu kämpfen. Einig wurden sich diese Männer schließlich auch in der Ueberzeugung, daß nicht nur Parteiprogramme der ausstehenden inneren Einheitsfront zu spielen waren, sondern daß alle Schichten des Reiches schwere materielle Opfer tragen müssen für die innere Konsolidierung und erst recht für die Freiheit deutschen Landes.

Das Recht, Klein und Viel deutsch bleiben,

das wurde damals als die Schlüsselfrage des deutschen Volkes erkannt und ihre baldige schriftliche Festschreibung als die notwendige Voraussetzung des Wiederaufbaus des deutschen Reiches. Darüber mußte der innere Haß um die Verfassung, darüber mußten ebenso wirtschaftliche Gesichtspunkte zurücktreten, solange nur der zukünftigen Entwicklung des Reiches der Haß nicht abzuschnitten war. Wir wissen heute, daß das Jahr des Bürgerkrieges, das Zerfalls der deutschen Währung und des drohenden Bürgerkrieges, das Jahr 1933, das Jahr der schwersten Verletzung der Reichseinheit gewesen ist, aber auch das Jahr ihrer Rettung und endgültigen Festigung nach außen wie nach innen. Wenn in jener schweren Krise das Reich gerettet wurde, und wenn es von da an langsam wieder aufwärts ging in der inneren Vereinigung und in der äußeren Geltung des Reiches, so verdanken wir es in erster Linie der deutschen Bevölkerung aller Schichten von Klein, Klein und Viel, die in beiderseitigem Tadel und Verden und in verarmtestem passivem Widerstand ihrem Vaterland die Treue hielt. Noch einmal wie in den Augusttagen des Jahres 1914 hat die deutsche Arbeiterschaft gezeigt, daß sie das Schicksal Deutschlands als ihr eigenes Schicksal betrachtete, daß sie über ihrem Können das soziale Kapital der Ökonomie an die gemeinsame Wurzel aller Lebenskraft des deutschen Volkes nicht versetzen hat und gefonnen ist, die Einheit des deutschen Reiches jederzeit gegen fremde Gewalttätigkeit und inneren Verrat mit Gut und Blut zu verteidigen.

Damals im Jahre 1933 hat Stresemann sein nicht ohne harten Versuch auf frühere Ideale erlangenes politisches Glaubensbekenntnis in die schönen Worte zusammengefaßt: „Wenn mancher die deutsche Zeit für hoffnungslos ansieht und wenn mancher diesen Staat schmähen, manchmal glauben, dieser Staat und dieses Reich hätten keine Existenzberechtigung mehr in sich und händen in Gefahr des Zerfalls, dann treibe ich mich mit dem einen: Wenn dieses Reich, das dem Einigen nicht geben kann an Macht und Größe, sondern ihm nur Not und Elend und Demütigung in der Welt gibt, trotzdem hunderttausende veranlaßt, Leben und Gut zu verlieren, um die Treue zu Deutschland zu bekennen, so brauchen wir an der Zukunft dieses Vaterlandes nicht zu verzweifeln.“

Nach die Gegner der heutigen Verfassung sollten von der Neuerrichtung an Klein und Klein lernen, ohne Unterschied der politischen Richtung an den Staat zu glauben und ihm zu dienen.

Dieses Glaubensbekenntnis ist von da an der nicht wieder verfallende Leitstern der deutschen Reichspolitik geblieben. Es ist derselbe Geist, der aus den Worten des Reichspräsidenten Hindenburg hervor-

leuchtet, die er am Neujahrstag 1930 gesprochen hat: „Der entschlossene Geist mit Ansehn und Mitarbeit an den Aufgaben der Gegenwart und am Aufbau der Zukunft, der handelt wahrhaft national.“

So ist der passive Kampf der nationalen Verteidigung an Klein und Klein, wenn er auch nicht zum sofortigen Siege geführt hat, doch nicht umsonst gekämpft worden. Von ihm an hat die fällige Wiedergeburt des deutschen Staatsgebildens und der deutschen Volksgemeinschaft eingeleitet, und Führer deutscher Parteien sind wieder zu Vertretern des ganzen Volkes geworden. An Stelle der jetzt als vergeblich erkannten Gewalt und Verrechnungs politik, mit der die damalige französische Regierung noch die europäische Frage lösen zu müssen glaubte, sind die ersten schwachen Anzeichen einer

Politik der gegenseitigen Verkündung der Völker

auf dem Boden ihrer wirtschaftlichen Lebensinteressen getrieben. Nicht aber war mehr dazu angetan, die unauflösbare Schicksalsverbindung der großen europäischen Nationen darzutun als die Aufstellung der gemeinsamen wirtschaftlichen Fragen. So ist Deutschland nicht mehr getrennt und zurückgesetzt in den Völkern eingeschlossen, sondern um-

Professor Dr. Zuckermann

die grobangelegte Festschrift über „Die ökonomische Frage“.

Der Redner ging von der Tatsache aus, daß der Westen des deutschen Oesterreich, Tirol, Salzburg und Oberösterreich unbedeutend urdeutscher Volksboden ist, indem er etwa seit 500 von den Bayern erobert wurde. Vordrängung von Klemmen, sowohl in der karolinischen Zeit wie später in der Zeit der Ottonen habe man aus diesen bayerischen Volksgebieten eine „Mark“, und zwar die

Östmark

geschaffen, aus der dann der Begriff Oesterreich hervorgegangen sei. Wichtig ist, daß seit dem Jahre 1888 die schweizerischen Habsburger Oesterreich inne haben. Der erste Habsburger, Albrecht I., wird im Jahre 1208 auch deutscher König, ein für die Folgezeit wichtiger Vorgang, denn seit dem Jahre 1488 bis zum Untergang des deutschen Reiches (1806) tragen die Habsburger zugleich auch die deutsche Kaiserkrone.

Wie zum Anfang des Mittelalters war die Politik dieses Oesterreichs durchaus westlich, also deutsch orientiert. Eine Wendung tritt mit dem 16. Jahrhundert ein. Und zwar ist es die

Türkenjahr

gewesen und der Tod des im Jahre 1626 in der Schlacht bei Wachtel gefallenen Königs Ludwig II. der die Kronen von Ungarn und Böhmen trug. Durch freie Wahl trugen nun die Stände von Ungarn und Böhmen dem österreichischen Erzherzog Ferdinand I. die Kronen ihrer Länder an. Da nur er die Gebiete gegen die Türken verteidigen konnte. Das Jahr 1626 wird ein Jahr der großen Ereignisse, einmal die Krone zum deutschen Reich gehörend, aber doch meist von Slaven bewohnten Gebiete Böhmen und Mähren, aber auch Schlesia, ferner das außerhalb des Reiches lebende Ungarn, das nun nach und nach von den Türken befreit wird, wobei zeitweise auch noch Gebiete der früheren Staaten Rumänien und Serbien hinzugekommen werden. Die österreichische Monarchie hat in der Folgezeit noch weitere Gebiete gewonnen, einmal vorwiegend von Deutschen bewohnte Räume in den Alpen, zumal die alpidischen Hüfentümer, aber in einem viel größeren Umfang solche, die außerhalb des Reiches lagen und von Slaven und Romanen bewohnt sind, so Belgien, die Lombardie und Venetien, Gallizien, Bukowina und Dalmatien.

1807 wird ein neuer Doppelkronentum Oesterreich und Ungarn geschaffen. In der östlichen Hälfte übernehmen die Magyaren als Staatsvolk die Leitung, die den Deutschen in Oesterreich in der gleichen Form vorbehalten bleibt. In der weiteren Entwicklung erhalten in Oesterreich die Polen, in Ungarn die Szlawen (Kroaten) eine bevorzugte Stellung. Damit konnten sich die nicht in der gleichen Weise begünstigten Völker nicht zufrieden geben; es entbrannte die harte Kämpfe gegen den Staat, insbesondere seitens der Tschechen. Es war verflucht worden, 1848 und 1867 die ganze Habsburger Monarchie auf

ausgesprochener kundenständlicher Weise, mit der Souveränität der einzelnen Völker, anzubauen. Das Ziel des ermittelten Chronologes Karl Ferdinand hätte kaum zur Befriedigung führen können; er wollte aus dem österreichisch-ungarischen Dualismus einen Triallismus schaffen, indem er den Szlawen, den Kroaten insbesondere die gleichen Rechte wie den Deutschen und den Magyaren einräumen wollte.

Oesterreich-Ungarn war der Staat in Europa, der am meisten verkannt wurde. Wie wenige in Deutschland konnten sich wirklich einen klaren Begriff vom Wesen dieses Staates machen! Dabei ist es das Bedauerliche, daß dieser Staat durchaus auf geographischem Boden wurzelt. Es ist der Donaufluß, dessen Schlingen der große Fluß war; der Staat, der auch im Wiener Becken durchaus einen zentralen, geographisch bedingten Kern hatte. Wie oft ist das Wort gebraucht worden:

wenn es ein Oesterreich-Ungarn nicht gäbe, müßte es geschaffen werden.

Statt dessen regte der wilde Nationalismus, heute das größte Verbrechen geographischer und geschichtlicher Verunstaltungen.

Es entbricht ein neues Oesterreich, das in seinem Staatsbegriff den Titel „Deutsch“ nicht aufnehmen kann, es entbricht ein Staat, der gar kein Staat sein wollte. Hat man doch in den Tagen der Revolution von 1918 beschlossen, daß Deutsch-Oesterreich ein Teil der deutschen Republik sein werde. Dieser Staat, der sich nur Alpenraum umfaßt, ist gar nicht lebensfähig; seine große Zukunft ist abhängig von den Kräften der anderen Reichsteile. Er ist so

arm, daß er keine Reparationskosten bezahlen kann. Seine Schuldenlast wächst ständig durch eine sehr hohe passive Handelsbilanz. So sind begreiflicherweise nur zwei am Ende lebende Möglichkeiten übrig. Einmal die Donauabwanderung entsetzt in irgend einer neuen Form wieder. Die wirtschaftlichen Momente würden bei diesem Zusammenstoß im Vordergrund stehen.

Oder aber Oesterreich löst sich, dem Willen seiner gemäßigten Volksmehrheit entsprechend, dem Deutschen Reich an. Unschädelbar das Problem ist so, so ist es natürlich von der größten Bedeutung, daß der Oesterreicher ein Teil des großen deutschen Volkes ist, und zwar ohne jede Einschränkung. So sehr das Wesen und die Leistungen des Oesterreichers verkannt werden, um so notwendiger ist es, immer wieder zu betonen, daß wir es mit einem der allerwertvollsten Teile unseres Volkes zu tun haben. Erst wenn Oesterreich sich uns anschließt, dann haben wir einen Staat, den wir „Deutschland“ nennen können. Abgesehen von den Gegenfragen, wie sie in der Anschlussfrage die großen anzuwärtigen

Nach dem Lobengrin-Spiel hielt

Mächte einnehmen — neben Frankreich späterhin auch Italien, natürlich erst nach der Reichsgründung — gibt es ja auch Gegner bei uns in Oesterreich selbst. Aber in beiden Ländern sind die Anschlußgegner in verschwindender Minderheit. Und daß die Gegner sich ab und zu etwas härter bemerkbar machen, ist auch ganz begreiflich, da man zunächst keine Möglichkeiten sieht, die

Zustände den natürlichen Wünschen entsprechend zu ändern.

Materielle Zweckmäßigkeiten, wie man sie ab und zu immer wieder auf beiden Seiten zu hören bekommt, müssen durchaus zurücktreten gegenüber dem großen Gedanken gemeinsamen Volkstums. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich dieser Gedanke wie der Wille zum Anschluß auch durchsetzen wird. (Starker Beifall.)

Der lebhafteste Beifall möge dem Redner gesiegt haben, daß seine Schlussfolgerungen mit den Wünschen aller Anwesenden in Uebereinstimmung waren. Die Kapelle Wöhr brachte sodann „Morgenshimmung“ aus der Peter Wanz-Suite zu Gehör, worauf der

1. Vorsitzende der Studentenschaft, cand. rer. oec. Klein

noch einige Worte warmer Vaterlandsliebe an die Kommissionen und Gäste richtete. Die Feier habe dem Gedanken und der Freude über die vor mehr als einem halben Jahrhundert vollzogene Einigung der deutschen Stämme gegolten. Tiefe Dankbarkeit müsse uns gegenüber dem genialen Staatsmann erfüllen, dem das glanzvolle Werk gelang. Nur ein einziges Zusammenfügen aller Deutschen ermöglicht es, daß wir unserer Aufgabe als Kulturvolk gerecht werden. Immer war der deutsche Student großdeutsch gefonnen; in ihm, dem an der Quelle der Wissenschaften unsere politische Ohnmacht nicht verborgen blieb, mußte das beste Verlangen erwachen, mit seinen Kräfte ein Reich aller Deutschen zu errichten, ein Reich, das der deutschen Nation würdig sei. Im Weltkrieg aber gingen Macht und Einigkeit verloren. Heute müsse sich der deutsche Student frei machen von Gedankensorgen, die mit deutschem Wesen nicht zu tun haben. Er müsse sich auf Grund seines Willens und Mommens auf seine Ziele besinnen. Erst wenn Einheit und Einigkeit wieder hergestellt seien, könne wieder Holz erklagen das Vieh Deutschlands, Deutschland über alles. Stehend sangen die Zuhörer das Deutschlandlied, dann beschloß der Auszug der Chöre die würdig verlaufene Feier.

Der Kommerz

Am Abend fand im großen Saal des Friedrichsparks der Reichsgründungssommerabend statt, der einen äußerst kühnlichen Verlauf nahm. Der Vorsitzende des Abends, cand. rer. oec. Klein, begrüßte alle Erscheinenden, vor allem die Gäste, die Professoren der Handelshochschule und eine Abordnung des Alpen-Redaktionskomitees unter Führung von Komptant Kreuger. Ministerialrat Schaffmeister hatte im Namen des Kultusministeriums ein Begrüßungsdiplomamt gefandt.

Hoch Professor Dr. Selz

richtete beherrschendste Worte an die akademische Jugend. Er führte u. a. aus: Es gibt keinen Tag, der in seiner Wirkung und utopischen Bedeutung mehr dazu angeht wäre, die deutsche akademische Jugend in festlichem gemeinsamen Jubel und in der Bestimmung auf gemeinsame Ziele zu vereinigen, als der Tag der deutschen Einheit, der Tag der Reichsgründung. Lassen Sie mich in diesem schönen und feierlichen Augenblick mit kurzen Worten eine brennende akademische Frage berühren, deren Lösung jedes marktschreiende Studentensicht der der Herrlichkeit unserer innerpolitischen Lebens mit Schaulust herbeistimmen muß: Gibt es gemeinsame, allen gemeinsamen Aufgaben für die akademische Jugend im gegenwärtigen deutschen Staat? Viele werden meinen, daß solche Aufgaben nur außerhalb der Politik gefunden werden können; denn wir haben uns daran gewöhnt, das Gebiet der Politik als ein Schicksal anzusehen, auf dem es keine Aufgaben gibt, deren Erfüllung von allen Volksgenossen gemeinsam gefordert wäre. Aber ich glaube, daß die wichtigste gemeinsame Aufgabe der heutigen akademischen Jugend mitten darin liegt im Gebiete der Politik. Nicht völlige Antipolitierung der akademischen Jugend kann unser Ziel sein, sondern

aktive Mitarbeit an der Verwirklichung unserer Politik.

Verwirklichung unserer Politik aber heißt nicht eine Politik fordern, in der es keinen Kampf mehr gäbe. Für seine Ueberzeugung zu kämpfen ist nicht unethisch, sondern kann höchste Ethik sein bedeuten. Verwirklichung der Politik heißt auch nicht etwa dem Staat dadurch dienen, das man ohne Rücksicht auf eigene Ueberzeugung in eine der Regierungsparteien eintritt oder auf Opposition verzichtet. Die Verfassung und das Wohl eines Staatswesens hängt davon ab, daß es ihm nicht an einer leuchtenden Opposition fehlt. Auch wer in der Opposition ist, kann mitarbeiten am Staat. Es gibt einen kategorischen Imperativ der politischen Politik, der etwas über sich selbst formuliert werden können: Danke sehr, so, als ob Du selbst zugleich deutscher Reichstagsler und Außenminister wärest. Wie werden den Ernst in diesem Schwere verstehen.

Ganzle Seite verantwortungsbewußt!

Das ist meine Bitte an Sie in dieser Stunde: kämpfen Sie für Verwirklichung unserer Politik und gegen die unverantwortliche Politik. In dies kein würdiges gemeinsames Ziel für die akademische Jugend? Erst wenn jener kategorische Imperativ in jedes deutsche Studentensicht mit Klammern gelassen gedrückt stehen wird, erst dann werden die deutschen Akademiker wieder Führer des Volkes werden, erst dann wird das Gedächtnis sich erfüllen, daß wir auch heute noch unserm Vaterland errettern wollen, wenn wir das Vieh unseres Volkes retten — Deutschland, Deutschland über alles.

Stärkender Beifall dankte dem Redner und der begeisterte Gesang des deutschen Liedes zeigte davon, daß seine Worte Eingang in die jungen Herzen gefunden hatten.

Professor Dr. Sommerfeld

widmete Worte der Erinnerung denen, die fallen, das Reich zu bauen und jenen, die im Weltkrieg ihre Treue zum Vaterland mit dem Tode bezeugten. Es war immer Studentenliebe, treu dem Vaterland zu dienen, wenn es ruft. Unter den besten Klängen des Liedes vom guten Kameraden gedachte man sich der Opfer des Krieges. Dann klangen all die schönen Studentenlieder und mander Salamander wurde gerufen, sodann mit diesem Kommerz die Reichsgründungsfeier einen schönen Ausklang fand. —cl.

Das Wetter im Schwarzwald

Die Gestaltung des Wetters auf den dritten Januarsonntag ist hauptsächlich zu unterrichten wie der Hochnebel, der sich am Donnerstag im Hochschwarzwald eingestellt hat. Mit Anbruch des Aufbruchs am Donnerstag trat eine leichte Abkühlung um durchschnittlich zwei Grad ein. In Mittelhöhen lagen die Morgentemperaturen bei + 3 Grad gegen + 5 Grad am Mittwoch. Das bedeutet für die höchsten Lagen ein Verändern der Temperaturen wieder an den Gefrierpunkt. Aber damit ist dem Gefrierpunkt allein nicht gefolgt, denn mit dem Eintritt der Abkühlung und gleichzeitigen Ausbleiben von Neuschnee wird nur die Gefrierbildung gefördert, die nach der seit Montag eingetretenen Erwärmung und Verfrachtung des Schnees in den Hochlagen nur begünstigt wird. Neuschnee ist aber am Donnerstag nicht gefallen, es dürfte auch vorher kaum dazu kommen, so daß es bei den bisherigen Schneebeständen, die dürftig genug sind, zunächst bleiben wird. Das Feldberggebiet weist in den höchsten Lagen 30-35 Zim. Schnee auf. Die Waldlagen im Norden bringen es auf 20-25 Zim. Der Mittelhochschwarzwald erlaubt nur auf Teilgebieten noch bescheidenen Lauf. Das Ganze macht so einen unbefriedigenden Eindruck. Es lohnt sich nicht recht, es sei denn, daß man wie am Feldberg mit der Bahn bequem bis auf 1000 Meter befördert wird. Die Ausfahrten für das Wochenende dürften somit, wenn nicht eine unvermutete Wenderung nach eintritt, für den Skifahrer nicht gerade günstig sein, zumal die Wetterberichte bereits wieder vom Zurücktreten einer neuen Warmluftkassell sprechen. Einzelne Plätze mit geschützten Südhängen weisen die Möglichkeit des Schiffschneelanges. Die Straßenerhältnisse sind durchweg für Kraftwagen gut, auch die Wege für Fußwanderungen unterhalb der Schneeregion in ordentlicher Verfassung.

Schluss des redaktionellen Teils



ALHAMBRA

Nur noch wenige Tage der neue

HENNY PORTEN-
Großfilm:

Die Herrin u. ihr Knecht

Nach dem Roman von Georg Engel
Hauptdarsteller:
HENNY PORTEN / IGO SYM
Fritz Kampers / Mary Kid

Hierzu:

ROVUMA

Jagden im ehemaligen Deutsch-Ostafrika

Beginn nachmittags 3 Uhr

ROXY

Nur noch wenige Tage!

Die charmante, reizende

MADY CHRISTIANS

In dem ganz hervorragenden

Ton-, Sprech- und Gesangsfilm:

Dich hab ich geliebt

Eine Symphonie des Herzens mit
Hans Stüwe / Walter Jankuhn
Marion Conradi

Beginn: 3, 4.50, 6.50, 8.30 Uhr

Wir bitten höflich die Anfangszeiten beachten zu wollen.

Für die selbst-
bedingte

HAUSMUSIK

5.425

PIANO

Kauf oder Miete,
neu und gelehrt

HECKEL

Pianofabrik

3, 10, Kunststr.

Klaviere
werden jederzeit auf-
gekauft bei Billig, Be-
zahlung P. 6, 11 (Bierk.)
*1213

Achtung!
Schlafzimmer

In viele, ruhige u.
Kleiderkammer, Garderobe
neuer, Schlafzimmer 1,
Flur, Wannen und
sanft, Fußboden, Deck-
platt, Gerüstzimmer 1,
sanft, Kuchensch., we-
nig, Küche, Bad, an-
geblich, Briefen bei 201

Wilhelm Lechner jr.
Möbelschreiner
Aglasterhausen.

Ausführung von
Schreinerarbeiten

an. Kar. sowie Reparatu-
ren prompt u. billig
Paul Niebel, Heilbr. 26
*1212

Gehwegreinigung

abrm. im Wohnraum
Wohnungsbüro
Gerrens, Leipziger 21211,
21127

Violinspieler
sucht

strebsamen Partner

an. gemisch. Violin
von Gröber u. Taut
H. bis 6. Stelle.
Wohnort erleben un-
ter G. P. 20 an die Ge-
schäftsstelle. *1251

UNIVERSUM

Das heutige Programm!

LILIAN HARVEY

Uraufführung:

*Wenn Sie einmal
sein Herz verschenkt...*

Ein Film-Lustspiel voll Uebersmut und sprühender Laune
Nach d. Roman: „Der Vagabund vom Anquator“ v. Ludwig v. Wohl.
Regie: JOHANNES GÜTER
Hauptdarsteller:

Lilian Harvey
Igo Sym und Harry Haim.

Lilian Harvey, dieses entzückende Persönchen, spielt hier ein
Famemädel der Süddei., das gerne eine „mondäne Frau“
werden möchte. - Sie kehrt das Universum zu oberst, hält alle
Welt in Atem u. erfüllt den Film mit ihrem unverwundl. Humor.

Musikzusammenstellung und musikalische Leitung:
Kapellmeister FELIX ZANIA. *12431

Neben dem Selbstprogramm

**die unvergleichliche
Bühnenschau!**

Scamp u. Scamp
die internationale Truppe,
welche vor kurzem mit größtem
Erfolg in der „Scala“ und im
„Wintergarten“, Berlin gastierte

Georgie Hayes
der Star des Casino de Paris,
welche mit beispiellosem Er-
folg im größten Lidspielhaus
d. Kontinents, dem neubaut.
UFA-Palast in Hamburg auftrat

**Sämtliche Bühnennummern wurden noch
nie in Mannheim gezeigt!**

Trotz der erblassigen Bühnenschau
keine erhöhten Eintrittspreise!

Beginn der Vorstellungen: täglich 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr
Vorverkauf für die Abendvorstell. an beiden „Universum“-Kassen

UNIVERSUM

SCHAUBURG

Ab heute Samstag das große Doppelprogramm in Erstaufführung für Mannheim!

Ein Kunstwerk voller Poesie,
Schwermut und Liebe:

**Die weiße Schwester
von St. Veith**

Ein erschütterndes Drama aus
dem Seelenleben einer Nonne.
Das Schicksal der Novize Benita.

In den Hauptrollen:
Suzanne Marville
Oskar Marion

Ein Film, der wie kein zweiter
die Herzen der Zuschauer
gewinnt.

Als 2. Großfilm zeigen wir:

DAS ROTE SCHWERT

Ein unerhört packender Großfilm von der Wildheit des russischen Militärismus mit
Carmel Myers / Marion Nixon. Beginn 3, 5.30, 8 Uhr.

Theater - Spielplan
vom 19. Januar bis 26. Januar 1930

National - Theater :

Samstag, den 19. Januar:
102. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Sonntag, den 20. Januar:
103. Vorstellung. „Schneewittchen“ - Aufführung
- ohne Kartenverkauf - für die Schüler der
Hochschule Mannheim.
Anfang 14.00 Uhr, Ende 17.00 Uhr

Montag, den 21. Januar:
104. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Dienstag, den 22. Januar:
105. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Mittwoch, den 23. Januar:
106. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Donnerstag, den 24. Januar:
107. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Freitag, den 25. Januar:
108. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Sonntag, den 26. Januar:
109. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Montag, den 27. Januar:
110. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Dienstag, den 28. Januar:
111. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Mittwoch, den 29. Januar:
112. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Donnerstag, den 30. Januar:
113. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Freitag, den 31. Januar:
114. Vorstellung. „Die Schöpfung“ von G. Wagner.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Neues Theater :

Samstag, den 19. Januar:
10. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Sonntag, den 20. Januar:
11. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Montag, den 21. Januar:
12. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Dienstag, den 22. Januar:
13. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Mittwoch, den 23. Januar:
14. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Donnerstag, den 24. Januar:
15. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Freitag, den 25. Januar:
16. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Sonntag, den 26. Januar:
17. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Künstlertheater Apollo :

Samstag, den 19. bis Sonntag, den 26. Januar:
Großes Opernprogramm mit drei
Opern, zwei Opern.

Sonntag, Nachmittags - Vorstellungen:
Anfang 15.00 Uhr

In Ludwigshafen - Ufa-Palast - Pfalzbau:

Mittwoch, den 23. Januar:
17. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Donnerstag, den 24. Januar:
18. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Freitag, den 25. Januar:
19. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Sonntag, den 26. Januar:
20. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Städt. Theater Heidelberg :

Samstag, den 19. Januar:
18. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Sonntag, den 20. Januar:
19. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Montag, den 21. Januar:
20. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Dienstag, den 22. Januar:
21. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Mittwoch, den 23. Januar:
22. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Donnerstag, den 24. Januar:
23. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Freitag, den 25. Januar:
24. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

Sonntag, den 26. Januar:
25. Vorstellung. „Die Befragung des
Herzogs“ von G. Hauptmann.
Anfang 19.00 Uhr, Ende 22.00 Uhr

National - Theater Mannheim.

Samstag, den 18. Januar 1930
Vorstellung Nr. 151, Miete D. Nr. 19

Schwanda, der Dudelsackpfeifer

Volloper in zwei Akten (Hans Bülow)
Libretto von Miloš Káran

Uebersetzung und freie Bearbeitung von Max Brod
Musik von Jaromír Weinberger

In Szene gesetzt von Dr. Richard Hein
Musikalische Leitung: Helmut Schlawig
Chöre: Karl Klauß

Bühnenbilder: Dr. Edward Löffler
Technische Einrichtung: Walter Urbach
Anfang 20 Uhr - Ende 22.30 Uhr

Personen:

Schwanda	Sydney de Vries
Dorota	Marg. Teichmayer
Balabek	Helmuth Neugebauer
Klucik	Sera Landreich
Mager	Wilhelm Feuser
Hilfer	Werner Mischel
Schwarzrichter	Walter Friedmann
Teufel	Karl Mang
Der Teufels Familiar	Fritz Bartling
Der Hühnerhändler	Hugo Weis
Kreier	Theo Hermann
Zweiter	Albin Weig
	Bewaldner

APOLLO Fernspr. 21624

Heute Samstag 8 Uhr
Morgen Sonntag 4 u. 8 Uhr

Das große Schlagerprogramm
mit den berühmten

Drei Fratellinis

The Hugos
und den weiteren

8 Sensationen 8

Lesen Sie die gesamte Mannheimer
und auswärtige Presse über den bei-
spiellosen Erfolg. *248

Keine erhöhten Preise.
Vorverkauf 10-15%, ab 3 Uhr
Wochenheim Hermann A. G. Sammel-
kauf, Kopierkasse K. F. Hebel,
Ludwigshafen. Spiegel & Sohn.

Theaterplatz

Abonnement II. Rang
Mitte abzugeben. Nä-
heres durch Fernspr. 23011
*1250

Bülow Pianos

neu u. gebrauchte, ein-
stimmig, elegant u. billig,
auch bei Teilzahlung.

Fr. Siering, Mannheim
C 7 Nr. 6 Reis Allee
*492

Welcher Möbelwagen

über die Güte d. Holz,
aber keine Rechnung
leer nach Karlsruhe?

Georg. Holzhandel
Köln, unter F. N. 20
an die Geschäftsstelle,
Hofstr. 11, Köln. *1282

**MAD-ANZUG
und MÄNTEL**

mit toller, besonderer,
u. besten an unter-
schönl. Moden. Preis
von 10,- bis 20,-

Th. Geismar, D 4, 2.

Tüchtige Näherin

mit 10 Jahre Erfah-
rung, auch in der
K. A. 2 an die Geschäfts-
stelle 10, 20, 2011

Tüchtige Flickerin

mit 10 Jahre Erfah-
rung, auch in der
K. A. 2 an die Geschäfts-
stelle 10, 20, 2011

DALASTHEATER
J. G.

Nur noch heute und morgen
ausser Kleben-Programm - 17 Akte

Flucht aus der Hölle

Ein Sensationsdrama in 10 Akten

Mikosch
rückt ein

Ein Geschichts- u. Totleben in 7 Akten

Anfang 3 Uhr - Letzte Vorstellung 8.20 Uhr

Neue KURSE beginnen

Schmidkonz - Weinlein

Die führende Tanzschule Mannheims

T 6, 11 60 Fernspr. 20411

Neues Theater im Rosengarten

Samstag, den 18. Januar 1930

Für die Theatergemeinde des Bühnenvereins
- ohne Kartenverkauf -

Abt. 11-15, 41-43, 51-53, 51, 51-57, 59,
201, 241-243, 251-252

Das Vergessene Gottes

Drama in drei Akten von Waldemar Julius
In Szene gesetzt von Dr. Gerhard Börs

Anfang 19.30 Uhr - Ende gegen 22 Uhr

Personen:

Waldemar	Ewald Alvar
Pauline	Ida Zore
Barbara, ihre Tochter	Augustine Schrauf
Leopold, Pfarrer	Karl Marx
Die Haushälterin des Pfarrers	Helene Leydner
Ein Geliebter	Josef Henkert
Ein Schlosser	Johannes Heine
Ein Arzt	Hans Goleck
Ein Polizeikommissar	Karl Hasenreiter
Ein Gerichtsschreiber	Josef Henkert
Einem Polizist	Hans Simschauer
Zweiter Polizist	Fritz Linn
Einem Polizist	Georg Köhler
Einem Polizist	Fritz Walter

Hummel's Weinberg

Samstag abend

???

Sonntag nachmittags jeweils Café-
Konzert ohne Preisauflage

